

Osnabrück, den 23. Oktober 2020

## Flächenstilllegungen vermeiden

LPD/HOL – Mit Sorge blickt der Präsident des Landvolk Niedersachsen und Vorsitzender des Hauptverbandes des Osnabrücker Landvolkes, Albert Schulte to Brinke, auf die Einigung im Europäischen Agrarrat und die Positionierung des Europäischen Parlaments zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

„Derzeit werden die Weichen gestellt für den Zeitraum von 2021 bis 2027. Für uns Landwirte in Niedersachsen ist entscheidend, dass wir auf unseren Feldern die Umwelanforderungen unserer Gesellschaft erfüllen. Dabei müssen wir gleichzeitig Lebens- und Futtermittel erzeugen können, die der globale Markt verlangt“, erklärt der Landvolk-Präsident aus Bad Iburg. Die deutsche Landwirtschaft unterliegt zahlreichen Auflagen, wie sie so in kaum einem anderen Land gelten. Standards bei Tier- und Umweltschutz werden nicht über den Erzeugerpreis entlohnt. Um weiterhin am Weltmarkt mithalten zu können, sind viele Landwirte auf Direktzahlungen angewiesen.

Der von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eingebrachte Kompromissvorschlag sieht unter anderem vor, dass von den bereits an die Einhaltung von hohen Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzstandards geknüpften Direktzahlungen an die Landwirte mindestens 20 Prozent einbehalten werden müssen. Diese Mittel sind für Landwirte zu reservieren, die noch weitergehende Öko-Regelungen erfüllen.

Parallel hat das Europaparlament beschlossen, in die Verhandlungen mit einem höheren Rückbehalt von mindestens 30 Prozent einzusteigen, aber auch die verpflichtenden Umweltstandards für die Basisprämie weiter anzuheben. Nach einer ersten Schätzung des Landvolks führen diese Forderungen dazu, dass landesweit mehr als 100.000 Hektar Acker- und Dauergrünland nicht mehr produktiv genutzt werden können. „Die Planungen für die freiwilligen Ökoregelungen gehen ebenfalls in Richtung einer Flächenstilllegung“, führt Schulte to Brinke aus. Dies gefährde aber die Versorgungssicherheit. „Für eine wachsende Weltbevölkerung wollen und müssen wir Ökologie, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit vereinen.“

Die EU muss es unseren Landwirtinnen und Landwirten erlauben, ihre gesamte Fläche dafür zu nutzen anstatt einen Teil einfach nur stillzulegen. Dieses Ziel haben wir auch in unseren Vereinbarungen mit der Landesregierung und Naturschutzverbänden zum ‚Niedersächsischen Weg‘ verfolgt.“